

Luxemburger Wort *Good Bye Britain*

Spektakulär und unspektakulär zugleich präsentierte sich diese Börsenwoche. Auf der einen Seite hatten die Aktienmärkte einmal mehr mit politischen Seitenwinden zu tun.

Die Wirtschaftspolitik in den Vereinigten Staaten schleppt sich von einem Misserfolg zum nächsten, zumindest wenn man sie an den ursprünglichen Ankündigungen misst. Dagegen setzte die britische Regierung mit ihrem Austrittsantrag und der Perspektive auf einen harten Brexit die maximalen Erwartungen um. Auf der anderen Seite nahmen es die Aktienmärkte sowohl in Europa als auch in den USA wie schon in den vergangenen Monaten gelassen. Zu sehr überwiegt der wirtschaftliche Schwung, mit dem die Weltwirtschaft zurzeit voranschreitet. Dazu kam in dieser Woche noch die Erkenntnis, dass es mit Inflation und Zinsen wohl doch nicht ganz so schnell nach oben geht. Das entlastet die Notenbanken von hektischen Spekulationen über einen überhasteten Ausstieg aus der bisherigen Geldpolitik. Die Zinsen kamen wieder leicht zurück, was wiederum die Aktienmärkte erfreute.

Die Konjunktur lässt sich durch solche störenden Begleitumstände nicht irritieren. Wie bereits so oft in diesem Jahr präsentierten sich auch die jüngsten Stimmungsindikatoren bärenstark. Wenngleich hier im Jahresverlauf auch wieder eine Beruhigung einsetzen wird, bleibt das wirtschaftliche Gesamtbild doch aufgehellt. Nach der vermeintlich letzten politischen Hürde der Präsidentenwahl in Frankreich ist es dann zumindest für eine Weile etwas ruhiger an der europäischen Politikfront. Die Wahlen in Deutschland sind weniger europapolitisch relevant als eher richtungsweisend für die ökonomische Zukunft des Landes.

Zeitgleich mit dem nun auch amtlichen Brexitwunsch der Briten kamen aus der europäischen Industrie die ersten Klagen über Schwierigkeiten im Exportgeschäft mit dem Vereinigten Königreich. Kein Wunder bei einer durch die Brexitdiskussion hervorgerufenen Abwertung des britischen Pfundes seit Beginn der Brexitspekulationen. Die Unternehmen in Deutschland, Luxemburg, den Niederlanden und Österreich fühlen sich an Zustände erinnert, die vor dem Euro gang und gäbe waren, wenn die D-Mark wieder einmal aufgewertet hatte. Die damit einhergehenden Schwierigkeiten bekamen die Unternehmen jedoch immer wieder durch Produktivitätssteigerungen - meistens zulasten von Arbeitsplätzen - in den Griff. In Großbritannien allerdings ertönt ein mindestens genauso lauter Blues.

Hier sind es die privaten Haushalte, die unter der Pfundabwertung leiden. Sie müssen nun mehr für eingeführte Waren bezahlen, denn einheimische Ersatzgüter sind noch teurer. Die Inflation sprang im März unerwartet stark nach oben. Die Geldentwertung steuert in diesem Jahr auf drei Prozent oder mehr hin. Das trifft insbesondere die Haushalte mit geringem Einkommen, weil sie einen höheren Anteil ihres Einkommens für den Konsum ausgeben müssen als reichere Haushalte, die mehr sparen können. Apropos Sparen: Zwar sind die britischen Aktien nach dem Brexitvotum um gut 16 Prozent gestiegen. Dies gilt aber nur aus britischer Sicht. In Euro oder gar US-Dollar gerechnet bleibt von diesem Anstieg nichts übrig. Wenn es an die künftigen Handelsbedingungen zwischen der EU und dem Königreich geht, dürfte sich trotz harten Brexits der Rahmen eines weitgehend freien Austausches im Güterhandel nur wenig verändern. Fraglich bleibt nach neuesten Umfragen allerdings, ob die Insel noch so attraktiv für Investitionen aus dem Ausland ist wie bisher. Es ist gut möglich, dass die Abwertung des Pfundes noch nicht das Ende erreicht hat.